

Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren e.V.

Lehrter Str. 27-30, 10557 Berlin

Tel.: 030/3974459-0 Fax: 030/3974459-9

email: bundesvereinigung@soziokultur.de

**Stellungnahme****zur Anhörung der BT-Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“**

am 30.05.05 zum Thema

„Auswirkungen der Hartz-IV-Gesetzgebung auf den Kulturbereich“

Themenblock I – ALG II

Vorbemerkungen:

- a) Die bisherige Diskussion des Anhörungsgegenstandes in den Gremien der Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren und die Rückmeldungen aus den Mitgliedseinrichtungen zeigen ein heterogenes Bild. Das Spektrum der Bewertung reicht von „sinnvoll und machbar“ bis „politisch falsches Instrument und unpraktikabel“. Die folgenden Ausführungen stellen daher Verallgemeinerungen von Trends dar, soweit dies auf der Basis der erst kurzzeitigen Erfahrungen mit diesem neuen Arbeitsmarktinstrument möglich ist. Eine Überprüfung dieser Aussagen nach einer längeren Laufzeit der Maßnahmen ist notwendig.
- b) Die folgenden Aussagen basieren auf den Erfahrungen der Mitgliedseinrichtungen unseres Verbandes. Zu diesen gehören neben den „klassischen“ Soziokulturellen Zentren in einigen Landesverbänden auch kulturpädagogische Einrichtungen, Künstlerhäuser, Initiativen und Projekte. Auch wenn die folgenden Ausführungen ausschließlich für die Bundesvereinigung stehen, ist durchaus möglich, wenn nicht wahrscheinlich, dass sie auch auf andere Bereiche der freien und soziokulturellen Praxis zutreffen.
- c) Bei der Bewertung der Effekte von MAE-Einsätzen ist zu unterscheiden zwischen denjenigen für die Anspruchsberechtigten und für die Einsatzstellen. Im Bereich der Soziokultur treffen allerdings beide häufig zusammen, weil zu den traditionellen Anliegen von soziokulturell Aktiven auch die Verbesserung der Lebenslage in ihrem Wirkungskreis gehört, die oft in direktem Zusammenhang mit der jeweiligen Arbeits(markt)situation steht: „Den Menschen, die diese Arbeit wollen, die Möglichkeit dazu zu geben, wieder eine Aufgabe zu haben“ (O-Ton).

1. *Frage: In welchen Sparten von Kunst und Kultur und ihren Betriebsformen ist der Einsatz des Instrumentes der Arbeitsgelegenheit (so genannte 1-Euro-Jobs) wahrscheinlich?*

Der Bereich Kultur, insbesondere der Soziokultur, der kulturellen Bildung etc. erscheint uns auf Grund der vergleichsweise hohen sozialen, kommunikativen und interkulturellen Kompetenz sowie der umfangreichen Erfahrung mit „flexiblen“ Arbeitsverhältnissen und zeitlich begrenzten Projekten durchaus für diese Form der (Wieder)eingliederung in den Arbeitsmarkt geeignet. Auch ist das Spektrum der Tätigkeiten hier besonders breit (Kulturarbeit/Technik/Management/PR...). Wie jedes andere Arbeitsmarktinstrument werden nach unseren Erfahrungen auch die 1-Euro-Jobs im Bereich der Soziokultur – zum Teil trotz erheblicher Bedenken – in Anspruch genommen.

2. *Frage: Welche Auswirkungen wird das auf die jeweiligen Einrichtungen und auf die bestehenden Arbeitsplätze haben?*

Dies hängt von den jeweiligen **Einrichtungen** selbst, aber auch von den jeweiligen Förderern der Einrichtungen ab. Wird die Zusätzlichkeit wörtlich genommen, so können – je nach Qualifikation und Motivation der MAE-Kräfte – Arbeiten oder auch Projekte durchgeführt werden, die sonst nicht möglich wären. Besteht aber bei den Einrichtungen auf Grund unzureichender personeller Grundausstattung die Notwendigkeit, die personellen Kernstrukturen über MAE-Stellen abzuschern oder kürzt die jeweils fördernde Kommune die Personalmittel unter Verweis auf die Möglichkeit der MAE-Stellen, so wird dies schwerwiegende Konsequenzen für den Fortbestand der Einrichtung haben, ganz abgesehen von Qualitätseinbußen und Know-how-Verlust. Auch zeigen

die Erfahrungen mit bisherigen arbeitsmarktpolitischen Instrumenten, dass es in der Summe stets teurer wird, wenn die Arbeiten und Projekte immer wieder neu angesetzt werden müssen.

Für die **bestehenden Arbeitsplätze** bedeuten die MAE-Stellen i. d. R. einen deutlichen Arbeitsmehraufwand, der auf Grund fehlender Mittel meist nicht einmal finanziell ausgeglichen werden kann. Hinzu kommt häufig emotionale Belastung (durch die oft schwierige sozialpsychologische Situation der MAE-MitarbeiterInnen einerseits und die Unsicherheit, ob die eigenen Jobs durch die MAE-Iler bedroht sind, andererseits). Als besonderes Problem erweist sich die Motivationslage mancher MAE-MitarbeiterInnen (insbesondere MigrantInnen), die in 6 Monaten auch nicht zu ändern ist, und deren Einsatz z. T. durch Sozialarbeiter bzw. Sozialpsychologen begleitet werden müsste.

Auf Grund des unterschiedlichen Ausmaßes der Arbeitslosigkeit entstehen zudem in Süddeutschland eher Probleme mit unqualifizierten, in Ostdeutschland eher mit überqualifizierten Kräften. Meist fehlen Grundkenntnisse im Fachgebiet Soziokultur. Risiken bestehen auch für die vorhandenen Teams auf Grund der ökonomischen und rechtlichen Ungleichheit der verschiedenen Mitarbeiter.

3. *Frage: Welche Auswirkungen wird das auf Initiativen und Projektvorhaben haben?*

Hier gilt im Wesentlichen die Antwort auf Frage 2. Darüber hinaus wird die Projektarbeit noch unberechenbarer; auf Grund des Betreuungsmehraufwandes sind bestehende personelle Kapazitäten gebunden, negative Auswirkungen auf die Qualität der Projekte sind nicht auszuschließen; ob dem ein „Mehr-Wert“ durch die Leistungen der MAE-Kräfte gegenübersteht, ist sehr abhängig von deren Qualifikation, Interessen und Einsatzbereitschaft.

Andererseits besteht die Möglichkeit von innovativen Impulsen durch QuereinsteigerInnen, vor allem im Bereich der inhaltlichen Projektarbeit, weniger im Bereich der technischen Tätigkeiten, noch weniger im Bereich des oft hoch professionalisierten Projektmanagements. Besonders im letztgenannten Bereich endet die Regellaufzeit der Maßnahmen voraussichtlich, bevor die MitarbeiterInnen ausreichend eingearbeitet sind. Um den Effekt einer Qualifizierung und (Wieder)Eingliederungshilfe zu erzielen, wäre es gerade im Bereich der Projektarbeit sinnvoll, bei erfolgreicher MAE-Maßnahme und beiderseitigem Interesse eine Anschluss-ABM von 12 Monaten zu ermöglichen.

4. *Frage: Wo gibt es Bedarf, bisher nicht privatwirtschaftlich finanzierbare Arbeit über Arbeitsgelegenheiten zu organisieren?*

Vor allem im Projektbereich, darüber hinaus bei der Objektpflege, sowie zur Unterstützung bei der Durchführung von Routinearbeiten (Problem der Definition von Zusätzlichkeit).

Die Rückmeldungen aus der Praxis vermitteln den Eindruck, dass es für dieses Instrument nicht eigentlich einen Bedarf seitens der Einrichtungen gibt, sondern dass die Maßnahmen z. T. zu 100% als Dienstleistung für die Gesellschaft angesehen werden.

5. *Frage: Welche Chancen und Risiken birgt der Einsatz des Instrumentes der Arbeitsgelegenheit (so genannte 1-Euro-Jobs) auf dem Arbeitsmarktsegment Kultur?*

Die **Chancen** liegen in erster Linie bei den MAE-Kräften selbst. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass diejenigen, die freiwillig, leistungsbereit und mit entsprechenden Vorkenntnissen kommen, über die soziale Einbindung und die Möglichkeit zur Selbstverwirklichung regelrecht „glücklich“ sind. BerufsanfängerInnen können Praxiserfahrungen sammeln, Langzeitarbeitslose können sich unter der geringeren Belastung einer 30-Stunden-Woche gegenüber 40 Stunden Normal-Arbeitszeit (in diesem Arbeitsfeld sind sogar 50-70 Stunden üblich) wieder an den Rhythmus einer täglichen Arbeit gewöhnen. Wenn sich die potentiellen MitarbeiterInnen selbst für diese Arbeit entscheiden, scheint auch die Chance auf (Wieder)Eingliederung in den Arbeitsmarkt oder der Weg in die Selbständigkeit am aussichtsreichsten.

Für die Einsatzstellen bestehen die Chancen im Wesentlichen in der Durchführung von zusätzlichen Aufgaben, Unterstützung im Alltagsgeschäft und - im glücklichen Fall - in einer inhaltlichen Bereicherung des Programms sowie innovativen Impulsen für die eigene Organisationsentwicklung. **All das setzt aber eine vorhandene stabile personelle und technische Kernstruktur voraus.**

Die **Risiken** bestehen zum einen in der möglichen zeitlichen und fachlichen Überforderung des Stammpersonals durch den Betreuungsmehraufwand, die schlimmstenfalls zu einem Ausbluten der bestehenden Strukturen führen könnte. Auch kann der Rückzug von Ehrenamtlichen, die lt. Statistik der Bundesvereinigung etwa die Hälfte der ständigen MitarbeiterInnen ausmachen, nicht

ausgeschlossen werden. Und schließlich sollten die Erwartungen an die Qualität der Leistungen und die Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung nicht zu hoch sein. **Durch dieses Instrument können weder die Kosten für das bestehende Personal noch für die Projektförderungen reduziert werden!** Sie müssten eher aufgestockt werden, denn die Aufgabe der (Re)Integration in den Arbeitsmarkt oder zumindest der Erhalt der Voraussetzungen dazu ist im eigentlichen Sinne „im öffentlichen Interesse“.

6. *Frage: Ist das Instrument der Arbeitsgelegenheit (so genannte 1-Euro-Jobs) als Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt denkbar?*

Für diesen Zweck erscheint das Instrument nach ersten Erfahrungen mit diesem und längeren Erfahrungen mit anderen Arbeitsmarktinstrumenten wenig geeignet. Insbesondere wenn die „Zusätzlichkeit“ ernst genommen wird, gibt es zumindest bei den Einsatzstellen wenig bis keine Möglichkeit der Anschlussbeschäftigung. Überhaupt gibt es – nicht nur im Kulturbereich – zu wenig bezahlte Stellen, um in relevanter Größenordnung einstellen zu können. **Aber:** Besser die Arbeitsfähigkeit erhalten, als nicht zu arbeiten. **Und:** Bei BerufsanfängerInnen und besonders bei MitarbeiterInnen im inhaltlichen Projektbereich scheinen Selbstvertrauen und Eigeninitiative zum (Wieder-)Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt durch die Maßnahme zu steigen, soweit sich dies nach so kurzer Zeit sagen lässt.

Die Fragen 7-9 fallen nicht in den Erfahrungsbereich der BV Soziokultureller Zentren.

Anregungen für den weiteren Umgang mit „1-Euro-Jobs“ im Kulturbereich

- Klare Definition des „**öffentlichen Interesses**“, ggf. binden an Gemeinnützigkeit.
- Unbedingte **Freiwilligkeit** für alle Beteiligten beachten, d.h. auch für die Einrichtungen und Träger. Wer – unabhängig von seinen Motiven – keine 1-Euro-Jobs anbietet, darf deshalb u.a. förderpolitisch nicht benachteiligt werden.
- Die Arbeitswilligkeit zu testen kann nicht Aufgabe der Einrichtungen sein und zu Lasten der Arbeitsfähigkeit von Projekten gehen.
- Es müssen **Grundqualifikationen** für die auszuführenden Tätigkeiten vorhanden sein, Qualifizierung ist in der kurzen Zeit nur aufbauend auf vorhandenen Kenntnissen möglich.
- Ab einer bestimmten Anzahl (z.B. 3) von MAE-Stellen pro Einrichtung müssen Extra-**Personal-mittel für die Betreuung** dieser Beschäftigten zur Verfügung gestellt werden.
- Die **Regellaufzeit** sollte auf **12 Monate** festgelegt werden, um einerseits für die Einsatzstellen tatsächliche Zusatz-Effekte zu schaffen, die den anfänglichen Mehraufwand ansatzweise ausgleichen, aber auch um den kontinuierlich mitarbeitenden Ehrenamtlichen in den Häusern die Endlichkeit der Maßnahmen zu zeigen und ihren Rückzug zu verhindern.
- In diesem Zusammenhang sollte auch über Möglichkeiten der **Honorierung von ehrenamtlichen Tätigkeiten** nachgedacht werden, um eine Hierarchisierung der MitarbeiterInnen in Soziokulturellen Zentren zu vermeiden.
- Bei erfolgreicher Tätigkeit und bei beiderseitigem Interesse sollten in begründeten Fällen die 1-Euro-Jobs in eine **Anschluss-ABM** (12 Monate) münden können (Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt, wenn auch nur in den 2.). Dies würde auch die Motivation auf beiden Seiten erhöhen, insbesondere auch bei den Einsatzstellen, weil so längerfristig und auch perspektivisch entlastende Arbeitsstellen entstehen würden, durch welche der erhöhte Einarbeitungs- und Betreuungsaufwand in der MAE-Phase ausgeglichen werden würde.
- **Flexibilisierung der Arbeitszeit!** Insbesondere im Kulturbereich mit seinem Veranstaltungsbetrieb, der oft nach Ende der Regelarbeitszeit beginnt, muss es möglich sein, die MAE-Kräfte nach dem Bedarf einzusetzen.
- 1-Euro-Jobs sind **kein Ersatz für feste Beschäftigungsverhältnisse** und als Teil der personellen Kernstruktur ungeeignet! Dies muss insbesondere den Kommunen gegenüber deutlich gemacht werden!

Christiane Ziller, Berlin, den 23.05.05